



Lorsch, 19. März 2026

Haushaltsrede 20260319 - Dirk Sander für die SPD-Fraktion

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir hatten uns viele Gedanken gemacht, wie die Außenwirkung wohl sein wird, wenn wir heute Abend den Haushalt mit der alten Stadtverordnetenversammlung beschließen.

Basierend auf dem Ergebnis vom Sonntag hätten wir uns diese Sorgen sparen können, denn eigentlich hat sich nichts geändert. Und ob wir mit einem 37er-Gremium oder einem 31er-Gremium abstimmen, spielt bei gleichen Mehrheitsverhältnissen keine Rolle.

Auch dass ich leider erst als Vierter an der Reihe bin, meine Haushaltsrede zu halten, wird sich nicht ändern.

Was soll ich Ihnen jetzt noch erzählen, was meine Vorredner nicht schon gesagt haben? Beim Schreiben dieser Rede habe ich eine Prognose gewagt, was wohl bereits alles erwähnt worden ist.

Wie nicht anders zu erwarten, bedauerten alle meine Vorredner die Erhöhungen Grundsteuer B. Kollege Sonnabend hat dazu noch alle relevanten Zahlen geliefert.

Matthias Schimpf hat – wie wir ihn kennen – fachlich treffsicher, aber mit großzügigen Ausschweifungen gesprochen und seine Erfahrungen aus dem Landratsamt einfließen lassen.

Und bei Christian Walter hatte ich gehofft, er würde in seiner letzten Rede als Fraktionsvorsitzender klar benennen, was sich ändern muss, damit die Mitarbeit in der Stadtverordnetenversammlung nicht zur Frustveranstaltung wird.

Ich will es aber nicht bei einem inhaltsleeren Pflichtbeitrag belassen, werde mich aber bewusst kurzfassen.

Das gab es noch nie, dass der Lorscher Haushalt so nebenbei in einer Sitzung als einer von mehreren Tagesordnungspunkten beraten wurde. Es gab keine Anträge.

Ach doch – wir als SPD hatten uns „erdreistet“, einen Antrag zu stellen, um zusätzliche 25.000 Euro in den Haushalt einzubringen. Ohne Gegenfinanzierung – wir hätten akzeptiert, dass diese 25.000 Euro mehr aus der Rücklage genommen werden müssten.

Diese Summe ist geradezu lächerlich. Bei einem Haushalt von 47.739.763 Euro sprechen wir von 0,052 %. Da kann eigentlich niemand nachvollziehen, warum das nicht möglich ist bei einem Haushalt der auf Schätzungen beruht und wir jedes Jahr im Laufe des Jahres Gelder hin und her verschieben.

In der gemeinsamen HFA/BUA-Sitzung habe ich der CDU bewusst den Spiegel vorgehalten und aufgezeigt, dass genau die Forderung aus unserem Antrag auch im CDU Wahlprogramm steht. Uns ging es nicht alleine um die 25.000 Euro für die Pflanzkübel. Uns ging und geht es darum, aufzuzeigen, dass wir als Parlamentarier mehr oder weniger handlungsunfähig sind.

Wenn schon eine Maßnahme von 25.000 Euro aus einem Wahlprogramm unter Finanzierbarkeitsvorbehalt gestellt wird, können wir alle unsere Wahlprogramme auch gleich wegwerfen. Unter diesen Voraussetzungen bekommen wir nämlich nichts umgesetzt. Daher muss sich etwas Grundlegendes an der Finanzierung der Kommunen ändern.

Wir erhöhen dieses Jahr die Grundsteuer um 215 Punkte, und in der Prognose für 2027 und 2028 wird ein Hebesatz der Grundsteuer B von 1080 Punkten prognostiziert. Das kann nicht der Weg sein.

Auch wer glaubt, ein neues Gewerbegebiet könne die finanzielle Schieflage in Lorsch beseitigen, ist auf dem Holzweg – oder sollte ich besser sagen: auf der Betonpiste. Ob das Gewerbegebiet Stubenwald 3 nun eine oder zwei Millionen Euro Gewerbesteuer bringen wird, ist fast egal – es ist einfach zu wenig. Und nicht zu vergessen: Diese Einnahmen fließen, wenn es gut läuft, in vielleicht zehn Jahren. Für diesen Strohalm opfern wir wertvolle Flächen und betreiben Raubbau an der Natur.

Aber vielleicht sollten wir es so machen wie Bad König, einen Bürgerentscheid initiieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich klar gegen eine Finanzierung der Schwimmbadsanierung durch eine Erhöhung der Grundsteuer ausgesprochen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Lorscher sich gegen unser Schwimmbad entscheiden würden, aber worauf ist in diesen Zeiten noch verlass. Es gibt sicherlich Themen, bei denen mich die direkte Meinung der Lorscher Bevölkerung interessieren würde, als mich nur auf die Rückmeldungen in den sozialen Medien zu verlassen.

Es gibt aber grundsätzliche Alternativen zur Finanzierung der Kommunen – wir müssen sie nur ernsthaft fordern.

Am 10. März erschien auf dem YouTube-Kanal „FunFacts.de“ eine Ausgabe mit dem Titel „Mit diesem Trick könnte man die Gemeinden retten“.

Der „Trick“ ist eine alte Forderung der SPD: eine gerechtere Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Beides sind Ländersteuern, deren Einnahmen die Länder an die Kommunen weitergeben könnten.

Damit hätten die Kommunen ausreichend Mittel, um den Betrieb von Kindergärten und die Unterhaltung von Schulgebäuden zu finanzieren, ohne jedes Jahr den Grundsteuer-Hammer zu schwingen.

Ich nenne nur zwei Zahlen aus dem Lorscher Haushalt: Zuschuss Kindergärten 6,1 Millionen Euro, Schulumlage 6,4 Millionen Euro.

Ja, ich weiß, ich spreche hier vor der Stadtverordnetenversammlung, die für diese beiden Steuern nicht verantwortlich ist. Aber mit Ausnahme der PWL können wir über unsere Parteien auf Landes- und Bundesebene Lobbyarbeit für die Kommunen betreiben.

Ein Blick in das Investitionsprogramm 2025–2029 zeigt: Wir wollen investieren, wir müssen investieren – aber wir wissen nicht, wie wir das bezahlen sollen.

Währenddessen fehlen im Programm schon offensichtliche Posten, wie die heute aufgenommenen 700.000 Euro für die Modernisierung des Museumszentrums ins Förderprogramm.

Aus der Bevölkerung kam die Frage an uns, wo die rund 4,8 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes geblieben sind.

Lorsch hat damit keine neuen Projekte gestartet, sondern lediglich den Kreditbedarf für bereits laufende Projekte reduziert z.B für die Nibelungenhalle.

So war das zwar nicht gedacht, aber bei dieser Kassenlage absolut vernünftig, da dadurch die Zins- und Tilgungslast in den kommenden Jahren gesenkt wird. Man darf sich aber die Frage stellen, wo ständen wir ohne dieses Sondervermögen!

Gestaltet haben wir als Parlament den Haushalt dieses Jahr nicht. Wenn man ehrlich ist, hätten wir den Haushalt, den die Verwaltung erstellt und der Bürgermeister am 3. Februar eingebracht hat, direkt an diesem Abend verabschieden können.

Herr Bürgermeister – ich weiß, Ihnen hätte das gefallen. Aber so ist kommunale Demokratie nun mal nicht gedacht.

Wir wollen als Stadtverordnete Lorsch gestalten. Dafür müssen wir handlungsfähig bleiben, und das setzt eine angemessene Finanzierung der kommunalen Aufgaben voraus. Es muss sich dringend etwas ändern.

Wie schon am Anfang gesagt: Wenn man als Vierter spricht, bleibt nicht viel Neues zu sagen.

Daher möchte ich mich am Ende bei der Verwaltung, insbesondere bei Frau Adam, ganz herzlich für die Erstellung des Haushaltsplans bedanken. Gerade die Übersichten waren nicht nur für uns Parlamentarier, sondern auch für die Bevölkerung sehr hilfreich, um die Haushaltssituation zu verstehen.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt in der vorliegenden Form zustimmen.

Es gilt das gesprochene Wort!